

**Antrag 77/I/2020****AfB Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****„Aufsuchende Bildungsberater“ als neue Berufsgruppe**

1 Die Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden sollen  
2 neben der ständigen Aufgabe zur Stärkung der Bildung in  
3 Schulen, Hochschulen und in der Berufsbildung, verstärkt  
4 bzw. erstmals systematisch für die Politische Bildung und  
5 Allgemeinbildung aller älteren Mitbürger und insbeson-  
6 dere der Menschen mit Handicap (Behinderung, alters-  
7 bedingte, geistige oder körperliche Schwächen, sozial Be-  
8 nachteiligte, arme, schreib- und leseschwache Mitbürger  
9 usw.) Sorge tragen. Dazu sollen „aufsuchende Bildungs-  
10 berater“ als neue Berufsgruppe geschaffen werden, um  
11 diese Menschen örtlich über einen längeren Zeitraum ak-  
12 tiv - unabhängig von etwaiger normaler Sozialbetreuung -  
13 durch Hausbesuche speziell in Bezug auf Bildung einladen  
14 und ggf. begleiten zu können.

15  
16 Dazu sind im ganzen Lande innovative Maßnahmen zu  
17 schaffen, um auch speziell diese statistisch nicht erfass-  
18 te, gesellschaftlich oft benachteiligten Menschen in ih-  
19 rer Einsamkeit zu erreichen, sie individuell-persönlich zu  
20 unabhängiger Bildung zu motivieren und aktiv zu loka-  
21 len Aktivitäten gezielt in enger Wohnquartiernähe einzu-  
22 laden. Alle Aktivitäten für diese besondere Gruppe, die  
23 oft auch verschämt oder mangels Geldes und Gelegen-  
24 heit allgemeine Bildungsangebote für Senioren kaum er-  
25 fährt und ggf. kaum selbst aufsuchen kann, etwa wegen  
26 körperlicher Gebrechen, wegen der oft größeren Entfer-  
27 nungen und fehlender Transportmöglichkeiten oder man-  
28 gels finanzieller Gelegenheiten bzw. wegen meist fehlen-  
29 der Internet-Anschlüsse, sollen künftig persönlich erreicht  
30 werden können. Für diese neue Berufsgruppe der „Bil-  
31 dungsberater“ sind bald bundesweit angemessene aber  
32 flexible neue Berufsbilder zu entwickeln und zu versu-  
33 chen, dafür Ausbildungsgänge in bestehenden Einrich-  
34 tungen zu schaffen und bundesweit Prüfungen zu ermög-  
35 lichen, um angemessene Tarif-Bezahlung (Vorschlag: ent-  
36 sprechend: 9 TVöD) zusichern zu können.

37  
38 Die Zuständigkeit für die gesetzgeberischen Vorarbeiten  
39 und die spätere Koordinierung von Grundlagen der Bil-  
40 dungsträger im Rahmen der KMK sollte als soziale Grund-  
41 aufgabe der Bildung einem geeigneten Ressort beim Bund  
42 übertragen werden, das dann möglichst von Anfang an  
43 mit allen Bundesländern gemeinsam Erprobungsprojekte  
44 mit spezieller Begleitforschung in allen Landesbildungs-  
45 verwaltungen einführt. Eine erste Evaluation nach ca. 3  
46 Jahren soll Erkenntnisse über Wirksamkeit und Erfolge er-  
47 bringen.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

48

49 Dies Erkenntnisse, bereits jetzt vorliegende Forschungen  
50 sowie ausländische Erfahrungen sind in die Planung für  
51 die Zukunft ab 2025 einzubeziehen. Es handelt sich nicht  
52 um ein klassisches Schulbildungs-Thema der Zuständig-  
53 keit der Länder, sondern zunächst im Grundsatz um eine  
54 soziale Querschnittsaufgabe (vergleichbar der Sozialhilfe  
55 (SGB) und Kulturförderung usw.). Aber das Ziel der „Volks-  
56 Bildung“ ist für die Maßnahmen führend.

57

58 Diese Bildungsangebote sollen seitens der Länder mit spe-  
59 ziellen, großzügigen Regelwerken für die betroffenen Bür-  
60 ger weitgehend kostenfrei angeboten werden bzw., so-  
61 weit möglich, im Rahmen  
62 der Haushalte der üblichen Leistungsträgern mitfinan-  
63 ziert werden. Regeleinkünfte der Betroffenen dürfen da-  
64 durch keinesfalls gemindert werden.

65

66 Volkshochschulen oder andere seriöse Bildungsträger soll-  
67 ten angehalten werden, ihre üblichen Bildungsangebote  
68 parallel auch auf das Niveau der genannten bildungsfer-  
69 nen Gruppen auszurichten und deren Durchführung ggf.  
70 zu regionalisieren und eher kleinere Lerngruppen als üb-  
71 lich zuzulassen, unabhängig vom Standardprogramm der  
72 VHS. Dazu sind gesondert feste Stellen

73

74 einzurichten mit dem neuen Berufsbild der Bildungsbe-  
75 rater. Die bekannten weltanschaulichen, karitativen und  
76 kirchlichen Verbände sollen um aktive Mitwirkung gebe-  
77 ten werden, dabei sollen aber auch diese Gruppen ihr  
78 Augenmerk auf die besonders bildungsfernen Mitglieder  
79 und Betreuten in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich in-  
80 tensivieren und dies als besondere neue Aufgabe über-  
81 nehmen. Das Angebot im Rahmen der ganzheitlichen  
82 Zusammenarbeit der Bildungsträger dafür gilt auch für  
83 freie Gruppen in den Stadtquartieren und in den länd-  
84 lichen Wohnorten. Es sollte eine wirkliche Volksbildung  
85 organisationsübergreifend und ideologisch neutral ange-  
86 strebt werden!

87

88 Die Aufsicht zur Einhaltung von Neutralitätsgeboten wie  
89 bei öffentlichen Schulen sollen den örtlichen Schulauf-  
90 sichtsbeamten übertragen werden.

91

92 Generell sollen die Angebote mündlich und schriftlich  
93 in einfacher Sprache (mehrsprachig) und ggf. in neuen  
94 Informationsformaten, entsprechend den Möglichkeiten  
95 der jeweils im Wohnumfeld anzusprechenden betroffe-  
96 nen Bürger entsprechen. Einfache Druckschriften oder gar  
97 Internet- Angebote allein sind nicht wirksam genug, son-  
98 dern zumindest zu ergänzen um persönliche Ansprache  
99 direkt in den bedrängten Lebenssituationen der genann-  
100 ten Menschen vor Ort, etwa durch die Bildungsberater

101 und Nachbarn usw. Keine regionale Einrichtung soll sich  
102 damit exkulpieren können, sie habe ja für Senioren schon  
103 zentrale Angebote im Programm.

104

105 **Begründung**

106 Bereits der Beschluss Nr. 8 des Bundesparteitages vom De-  
107 zember 2019 „Chancen für alle zu jeder Zeit“ enthielt im  
108 Text zwar viele redaktionell sehr kleine Hinweise auf die  
109 Bedarfe auch dieser o.g. politisch und wissenschaftlich oft  
110 übersehenen Bevölkerungsgruppe. Unverkennbar ist je-  
111 doch, dass das Hauptfokus des Textes - zum Teil verständ-  
112 licherweise - in der schulischen Bildung und der berufli-  
113 chen Weiterbildung bestand. Die „Bildung“ in den Pha-  
114 sen der nicht- oder nachberuflichen Lebensepochen von  
115 Menschen außerhalb intakter Sozialstrukturen (zuneh-  
116 mend oft ohne Familienbindung, öfter schlechte Wohn-  
117 und nur zentrale Sozialeinrichtungen usw.) oder gar die  
118 Teilhabemöglichkeit des schwer erreichbaren allein leben-  
119 den Menschen höheren Alters und der Menschen mit an-  
120 deren Lebensbelastungen schimmert zwar in Teilen des  
121 Beschlusstextes durch, wird aber darin noch nicht spezifi-  
122 ziert. Hierzu soll dieser Antrag die notwendige Ergänzung  
123 bieten.

124

125 Es ist ein breiteres, ganzheitliches Denken und Handeln  
126 als Gemeinschaftsaufgabe mindestens der Verantwortli-  
127 chen für kommunale und staatliche Sozial- und Bildungs-  
128 politik anzustreben, aber auch ein neues politisches Be-  
129 wusstsein bei freien Trägern und der Gesamtbevölkerung.  
130 Es stellt speziell für die Sozialdemokratie eine staatspoliti-  
131 sche Gesamtaufgabe dar, speziell auch die vernachlässig-  
132 te Bevölkerungsgruppe wieder in die demokratische Ge-  
133 sellschaft mit annähernd gleichen Chancen zur Teilhabe  
134 am aktiven Leben zurückzuführen. Die derzeitige Politik  
135 orientiert sich häufig am breiten Mittelbau der aktiveren  
136 Bürger im Lande, die Ränder der Gesellschaft werden zu-  
137 nehmend von Demokratiefeinden besetzt. Nicht alle Bür-  
138 ger sind Internetaffin, ggf. oft auch unfähig, dort mitzu-  
139 wirken! Die sog. Digitalisierung der Gesellschaft erreicht  
140 sie oft nicht!

141

142 Diverse aktuelle Berichte aus der Wissenschaft in Gutach-  
143 ten für verschiedene Bundesministerien und fortdauernde  
144 Umfragen und Beobachtungen von Forschungsgrup-  
145 pen belegen diese Defizite und bestätigen die Begrün-  
146 dung, wonach zu geringe Bildung das fehlende Interesse  
147 und die mangelnde Fähigkeit der aktiven Mitwirkung der  
148 benachteiligten Bürger begründen. Das sind häufig Folgen  
149 der zu schnelllebigen Nachkriegsgesellschaft aber auch  
150 Desinteresse der Umgebung der Menschen.

151

152 Sowohl die Bundestagsfraktion der SPD als auch die Mit-  
153 gliedsverbände der BAGSO haben dazu in den letzten Jah-

154 ren in diversen Papieren und Diskussionen wertvolle Er-  
155 kenntnisse zusammengetragen, die dies bestätigen: Er-  
156 wachsenbildung ist gerade in Randbereichen der Ge-  
157 sellschaft unverzichtbar!

158

159 Die Aufgabe der heutigen Gesellschaft für die Bürger aller  
160 Altersgruppen besteht sicher nicht allein darin, etwa brei-  
161 te Schulbildung und beruflich Fortbildung sicherzustel-  
162 len und aktuell weitgehende Digitalisierung, guten Wohl-  
163 stand und evtl. sogar Wachstum nur für die 85 – ca. 90 %  
164 derzeit gut erreichbaren Bürger zu gewährleisten. Es wä-  
165 re für die Sozialdemokratie in der humanistischen, demo-  
166 kratischen Gesellschaft notwendig, andere einfache Mit-  
167 wirkungsmöglichkeiten auch für die verbleibenden ca. 5-  
168 10 % benachteiligten Bürger sicherzustellen. Das sollte et-  
169 wa durch breitere Nachhol-Chancen der „zu kurz Gekom-  
170 menen“ bei bestimmten Teilen mederner Allgemeinbil-  
171 dung und ggf. etwa auch durch die Bestandssicherung von  
172 analogen Kommunikationsformen der amtlichen Stellen  
173 (Vermeidung von Altersdiskriminierung) sowie durch ver-  
174 ständlichere Politik- Vermittlung in Form der Achtung des  
175 Alters und Behinderung auch im Politik- und Lebensalltag.  
176

177 Der SPD-Landesparteitag Berlin vom Herbst 2019 hatte  
178 dazu einen entsprechenden Beschluss verabschiedet, der  
179 dem nächst erreichbaren Bundesparteitag vorgelegt wer-  
180 den wird.